

## Hintergrundinfos zu den Präsidentschaftswahlen Burkina Faso

Im Vorfeld der Wahlen wurde zum einen die Frage heiß diskutiert, ob Präsident Compaoré aufgrund der Wahlgesetzgebung ein weiteres Mal kandidieren kann. Zum anderen wurde das politische Geschehen von den Bemühungen der Oppositionsparteien bestimmt, sich vor allem für die Präsidentschaftswahlen aussichtsreich mit einem oder zumindest für die erste Runde wenigen Kandidaten zu positionieren – bei 42 politischen Parteien, von denen 14 im 111 Sitze umfassenden Parlament vertreten sind, keine leichte Aufgabe. Wie anderswo in Afrika sind auch in Burkina Faso trotz programmpolitisch verheißungsvoll klingender Zusätze in den Parteinamen wie „grün“, „liberal“, „demokratisch“, „tolerant“, „sozialistisch“ programmatische Fragen denen des wirtschaftlichen Überlebens der Mitglieder bzw. Abgeordneten untergeordnet<sup>1</sup>. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in der gegenwärtigen Regierung 10 politische Parteien vertreten sind, obwohl Campaorés Partei „Congrès pour la Démocratie et le Progrès“ (CDP) eine knappe absolute Mehrheit im Parlament besitzt und somit alleine oder mit nur einer Koalitionspartei regieren könnte.

**Compaoré** kam 1987 in einem blutigen Putsch, der ihm das Stigma des Sankara-Mörders verschaffte, an die Macht. Er regierte 4 Jahre als Militärmachthaber, um sich dann, einem afrikanischen Trend folgend, 1991 demokratisch legitimieren zu lassen. Die in 1991 geschaffene Verfassung beschränkte die Präsidentschaft auf 2 Wahlperioden von jeweils 7 Jahren. In 1997 ließ er diese Beschränkung mit Hilfe eines von ihm beherrschten Parlaments<sup>2</sup> aus der Verfassung entfernen. Dies führte zu erheblichen politischen Unruhen, die ihn schließlich zwangen, im Jahre 2000 diese Begrenzung wieder in die Verfassung aufnehmen zu lassen.

Die Befürworter einer weiteren Kandidatur, aus verständlichen Gründen durchaus nicht nur Anhänger des CDP, argumentieren, dass die Einschränkung auf 2 Amtsperioden erst ab der letzten Verfassungsänderung zähle, d.h. Compaoré sich in 2005 erst zum zweiten Mal bewerbe. Rechtlich nicht einmal eine abwegige Argumentation; die Verfassungsabsicht aber, die Amtszeit eines Mannes (oder einer Frau) auf insgesamt 14 bzw. 10<sup>3</sup> Jahre zu beschränken, wird durch eine weitere Amtszeit Compaorés, der nach Ablauf der 3. Amtsperiode dann insgesamt 23 Jahre an der Macht gewesen sein wird, ins Gegenteil verkehrt.

Bisher hat sich Compaoré noch nicht abschließend zu einer möglichen Kandidatur geäußert<sup>4</sup>, wurde aber von seinen Parteifreunden bereits zum Kandidieren aufgefordert. Beobachter gehen davon aus, dass ihm gar keine andere Wahl bleibt: Er hat bei einer Abwahl, der dann auch bald der Mehrheitsverlust des CDP im Parlament folgen würde, keine politische und persönliche Zukunft mehr. In Burkina Faso warten genügend Leute darauf, einem entmachteten Compaoré wegen vieler Straftaten einschl. von Morddelikten den Prozess zu machen. Aufgrund seines Sankara-Mörder Stigmas würde es ihm auch schwer fallen, ein Asylland zu finden. Daher wird vermutet, er wird versuchen, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben.

Am 4. Dezember 2004 haben sich **16 Oppositionsparteien zur „Alternance 2005“ geschlossen**. Ziel ist der politische Machtwechsel (*Alternance*) im Jahre 2005. Man will sich für die erste Runde auf 3 Kandidaten gegen den CDP-Kandidaten – höchstwahrscheinlich Compaoré – einigen. Das Kalkül ist dabei, dass der CDP-Kandidat – auch wenn es Compaoré ist – keine absolute Mehrheit bekommen wird, somit eine zweiten Runde mit den beiden bestplatzierten Kandidaten fällig wird. Wenn sich dann in der zweiten Runde alle Oppositionsparteien für den verbliebenen Oppositionskandidaten stark machen, wäre eine Wachablösung Compaorés durchaus möglich. Trotz der mangelnden Programmatik der Oppositionsparteien sind sie nicht so leicht unter einen Hut zu bringen, da sich jeder Parteiführer für den besten Präsidentschaftskandidaten der Opposition hält: Hermann Yaméogo (Union nationale pour la démocratie et le développement, UNDD), Bénéwendé

<sup>1</sup> Wie es ein Abgeordneter dem BE gegenüber äußerte: « ... la politique ici est plus une question alimentaire qu'un sacerdoce. »

<sup>2</sup> Seine CDP hielt 97 von damals 104 Sitzen

<sup>3</sup> bei der Verfassungsänderung in 2000 wurde die Amtszeit, beginnend ab 2005, auf 5 Jahre verkürzt

<sup>4</sup> Diese Einschätzung stammt vom Februar 2005

Sankara (Union pour la renaissance/Mouvement Sankariste, UNIR/MS), Norbert Michel Tiendrébéogo (Groupe des démocrates progressistes, GDP), Nongma Ernest Ouédraogo (Convention panafricain Sankariste, CPS), Ram Ouédraogo (Rassemblement des écologistes du Burkina, RDEB), Emile Paré (L'opposition burkinabè unie, OBU), Professeur Ki-Zerbo (Parti pour la démocratie et le progrès/Parti socialiste (PDP/PS) und Noël Gilbert Ouédraogo (Rassemblement Démocratique Africain, RDA).

In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die Oppositionsparteien in der Lage sind, drei ihrer Führer als aussichtsreichsten Kandidaten zu küren, d.h. die Mehrzahl bereit ist, in die zweite Reihe zu treten.

### **Bewertung**

Die Bewertung der Demokratie Burkina Fasos fällt gemischt aus. Einerseits lassen sich zahlreiche positive Errungenschaften im System herausarbeiten. Neben der Presse- und Meinungsfreiheit sowie – obwohl wiederholt herben Einschränkungen unterworfen – der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, gehören dazu das System der Parteifinanzierung, die Reformen des Wahlsystems und ihre erfolgreiche Anwendung bei den Legislativwahlen im Mai 2002. Die Tatsache, dass Burkina Faso bereits zum dritten Mal sein Parlament wählte und die Dezentralisierung voranschreitet, macht deutlich, dass das demokratische System zu funktionieren beginnt und sich durch Teilerfolge in wichtigen Bereichen der Vorwurf einer Fassadendemokratie nicht halten lässt. Andererseits wirken die grundlegenden Funktionsstörungen des Systems auf der Makroebene nach wie vor beunruhigend und warnen davor, bereits von einer Konsolidierung des Systems zu sprechen. Nachhaltige neopatrimoniale Strukturen, die Dominanz des Präsidenten, sein uneingeschränkter Zugriff auf die Sicherheitskräfte und der Einfluss der Exekutive auf die Legislative und das Justizsystem beschränken substantiell das Prinzip der Gewaltenteilung. Die Wahrscheinlichkeit eines Boykotts durch die Opposition bei einer dritten Kandidatur Compaorés hat sich mit den Wahlgesetzänderungen erheblich verringert. Das Ergebnis der Parlamentswahlen von 2002 hat den politischen Kräften ein klares Signal gegeben: Ein Machtwechsel liegt im Bereich des Möglichen, die Teilnahme am politischen Wettbewerb hat Erfolgsaussicht. Damit wurde das System von innen gestärkt und hat an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Das Szenario eines Machtwechsels allerdings birgt Unwägbarkeiten für die Stabilität des Systems. Sieht sich die derzeitige politische Elite durch eine mögliche strafrechtliche Verfolgung ihrer politischen und ökonomischen Straftaten durch eine neue Regierung bedroht, könnte das demokratische System, beispielsweise durch einen Putsch, gefährdet werden.

Klaus D. Loetzer  
Februar 2005

*Hier ein lesenswerter Artikel aus:*

**politikerscreen.de**  
**Informationsdienst für Politik**

Link:

<http://www.politikerscreen.de/direct.asp?page=/static/blickpunkt/2005/AfrikasWahl2005/05-BurkinaFaso/1.htm>

## **Reif für mehr Demokratie**

**Burkina Faso ist arm, gilt aber als Musterschüler von IWF und Weltbank - im politischen Alltag dominiert die Partei des Präsidenten, deren Gegenspieler eher die Gewerkschaften als die Oppositionsparteien sind**



Amtsinhaber und Favorit bei den Präsidentschaftswahlen in Burkina Faso: Blaise Compaoré - Foto: UN Photo/Michelle Poiré

Burkina Faso ist klein und droht zwischen seinen großen Nachbarn zu verschwinden. Das westafrikanische Land nördlich von Ghana und der Côte d'Ivoire, südlich von Mali und Niger, scheint unbedeutend. Der Binnenstaat verfügt kaum über Bodenschätze und gehört zu den düreanfalligen Sahelstaaten, die die Wüste zu schlucken beginnt. Beim Human Development Index belegt es Platz 175 von 177. Burkina Faso, wie auch Niger betroffen von der Hungersnot des Sommers 2005, ist eines der ärmsten Länder weltweit. Trotz der schwierigen Situation des Landes gilt Amtsinhaber Blaise Compaoré bei der Präsidentschaftswahl am 13. November 2005 als klarer Favorit.

### **Von der Kolonie zum Kuba-Imitat**

Früher hieß es einmal Obervolta - benannt nach den Quellen des Volta-Flusses, der dort entspringt. Damals war es noch Teil von Französisch-Westafrika und damit Kolonie. Vor der Ankunft der Franzosen herrschten die Mossi - noch heute die größte ethnische Gruppe - über das Gebiet des heutigen Burkina Faso. Ihre Königreiche waren geprägt von Stabilität und einer hoch entwickelten Verwaltungsorganisation. Vom 12. Jahrhundert bis zur Kolonisierung Ende des 19. Jahrhunderts sorgte die Herrschaft der Mossi für wirtschaftlichen Erfolg, der eine hohe Bevölkerungsdichte nach sich zog. Frankreich gliederte das Gebiet zunächst in Französisch-Westafrika ein, machte es 1919 zur Kolonie Obervolta und teilte es in den 1930er und 1940er Jahren immer wieder auf, bevor es 1947 schließlich wieder zu einer eigenen Kolonie wurde. 1960 erlangte das heutige Burkina Faso seine Unabhängigkeit. Erster Präsident der Republik Obervolta wurde Maurice Yaméogo, der mit seinem ruinösen Regierungsstil 1966 einen Generalstreik und seine Absetzung provozierte.

Sein Nachfolger, General Sangoulé Lamizana, etablierte in den folgenden Jahren ein gemäßigtes Militärregime. Er verlor und gewann die Macht mehrere Male, bis 1983 der Conseil National de la Révolution (CNR) die Macht übernahm und den jungen Hauptmann Thomas Sankara zum Präsidenten machte. Sankara, ein sozialistischer Revolutionär, war der fünfte Präsident des Landes und gestaltete es nach dem Vorbild Kubas in einen planwirtschaftlich organisierten Staat um. Sankara widmete sich der Förderung der ländlichen Bevölkerung und der Armutsbeseitigung aus eigener Kraft. Er verstand Unabhängigkeit als wichtigen Bestandteil von Nationalstolz; noch heute gilt Sankara als derjenige, der die aktive politische Kultur des Landes bedeutend mitbestimmte. Er gab dem Land den Namen Burkina Faso, was übersetzt "Land der integren Menschen" bedeutet. Trotz seines teilweise autoritären Stils verehrte ihn die Jugend. Sein erfolgreicher Kampf gegen Korruption und Staatsverschuldung stieß jedoch auf Widerstand; die harten Maßnahmen riefen seine Gegner auf den Plan. Unter der Führung von Sankaras ehemals engem Verbündeten Blaise Compaoré gelang ein Putsch, der Sankara Amt und Leben kostete. Compaoré wurde neuer Präsident und ist es bis heute. Die Ermordung seines Freundes rechtfertigte er mit dessen angeblichem Verrat an der Revolution.

### **Demokratisierungsprozess eingeleitet**

1991 läutete er auf Druck des Westens einen Demokratisierungsprozess ein, ließ sich bei den Präsidentschaftswahlen im gleichen Jahr im Amt bestätigen und unterwarf sich den Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank, als deren Musterschüler Burkina Faso heute gilt. Die Privatisierungsmaßnahmen trafen vor allem die armen Bevölkerungsanteile, die im Falle von Arbeitslosigkeit nicht auf das marode Sozialsystem zählen konnten. Der Zugang zu Burkina Fasos Markt, den zum Beispiel die hoch subventionierte US-amerikanische Baumwolle durch die Liberalisierungsprogramme erhielt, treibt die Baumwollplantagen des Landes in den Ruin - und das bei über 50 Prozent Exportanteil. Die Afrikanische Union forderte im Juni 2005 in ihrer Kairo-Deklaration denn auch geschlossen gerechte Handelsregeln von der WTO und die Abschaffung der Agrarsubventionen der Industriestaaten. Das von diesen mit verursachte Armutproblem soll durch Entwicklungshilfe gemildert werden. Außerdem gehört Burkina Faso zu den Staaten, die sich im Rahmen der HIPC-Initiative für einen Schuldenerlass qualifiziert haben und diesen auch im Sommer 2005 erhielten. Voraussetzung dafür ist laut Initiative die Vorlage einer Strategie zur Armutsbekämpfung. Doch bis heute hat sich nichts an den erschreckenden Zuständen der Bevölkerung geändert. Zwar weist das Land gute Wachstumsraten zwischen vier und sechs Prozent auf, doch haben diese kaum Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung.

Liegt es am Präsidenten? Das Volk scheint dies offenbar nicht so zu sehen, denn es bestätigte Compaoré 1998 mit überwältigender Mehrheit im Amt, und auch die Wahl am 13. November 2005 wird der Kandidat der Partei Congrès pour la Démocratie et le Progrès (CDP) höchstwahrscheinlich für sich entscheiden. Ob die Burkinabè tatsächlich so zufrieden sind mit ihrem Präsidenten, lässt sich wohl nur mit Blick auf die Rolle der CDP beantworten. Die Partei beherrschte ab 1992 mit fast 75 Prozent der Mandate das Parlament. Fast alle gewichtigen Ämter des Landes befinden sich in ihrer Hand - vom Minister in der Hauptstadt Ougadougou bis zum Kommunalabgeordneten im dünn besiedelten Norden. In einer Gesellschaft mit etwa 70 Prozent Analphabeten lässt sich auf diese Weise leicht Einfluss nehmen. Trotz dieser ungünstigen Lage ist die Zivilgesellschaft Burkina Fasos äußerst engagiert; die Gewerkschaften und Studentenorganisationen gelten als einflussreich. Als 1998 der regierungskritische Journalist Norbert Zongo ermordet aufgefunden wurde, protestierten große Teile der Bevölkerung gegen die Regierung, der sie das Verbrechen anlasteten. Bis heute ist der Mord nicht restlos aufgeklärt. Der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) zufolge gingen nur die Handlanger ins Gefängnis. Trotz der Krise, die der Mord im Land auslöste und die Compaorés Partei bei den Parlamentswahlen fast die Mehrheit kostete, sieht es heute wieder gut für ihn aus. Ein Grund dafür mag in seiner Strategie der Versöhnung und der anschließenden Oppositionsbeteiligung an der Regierung liegen. Ein anderer ist wohl bei den Oppositionsparteien selbst zu suchen, die es bisher nicht geschafft haben, der CDP wirklich gefährlich zu werden. Teils zersplittert, teils gekauft, haben die über 100 Oppositionsparteien keine echte Alternative zu bieten. Beobachtern zufolge fehlt den meisten ein politisches Programm; die Zivilgesellschaft übernimmt mehr und mehr die Oppositionsrolle.

Auch die vielen Rückkehrer aus der Côte d'Ivoire haben das Armutproblem des Landes verschärft. Als Côte d'Ivoire noch zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Staaten Afrikas zählte, waren die Arbeiter aus dem Norden auf den Kakao- und Kaffeeplantagen willkommen. Seit dort aber das politische Konzept der Ivorität für Fremdenhass sorgt, sind die Burkinabè, die teils schon über mehrere Generationen hinweg im Land leben, in Lebensgefahr und kehren in Massen in die Heimat zurück. Dort verkraftet man den Ansturm kaum. Finanziell sind die meist armen Rückkehrer eine nicht unbedeutende Belastung, die noch dazu oft in die Kriminalität abrutschen und die Stabilität im Land strapazieren. Präsident Compaoré weiß die Situation zu seinen Gunsten zu nutzen: Er nimmt die Arbeiter trotz der Schwierigkeiten mit offenen Armen auf und sammelt damit Pluspunkte bei den Wählern. Nebenbei soll er die Rebellen im Norden der Côte d'Ivoire mit Waffen bestücken; auch in Angola, Liberia und Sierra Leone sagt man ihm nach, er habe die Konflikte dort angeheizt und finanziert. Vielleicht spielt das schwierige Verhältnis der westafrikanischen Küsten zum Landesinnern hier eine Rolle: Durch die Kolonisierung, die meist an den Küsten begann, verloren die klassischen Handelsrouten der Muslime, die nach Norden hin ausgerichtet waren, an Bedeutung. Die Eifersucht der Staaten aufeinander erklärt möglicherweise die anhaltenden und sich ähnelnden Konflikte in Westafrika. Dabei instrumentalisiert die herrschende Elite oft das Prinzip der ethnischen Ausgrenzung, das - entgegen der gängigen westlichen Auffassung - nicht unbedingt typisch für afrikanische Staaten ist. In Burkina Faso existiert ethnische Vielfalt, doch das ist für die Burkinabè von geringer Bedeutung: In den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen engagieren sich Mossi ebenso wie Dagara, um Fortschritte im Land zu ermöglichen.

### **Starke Zivilgesellschaft**

Die Kritik der nationalen Nichtregierungsorganisationen setzt dabei in erster Linie an der mangelnden Integrität der Regierung an. Auch internationale Beobachter sehen in der Korruption derzeit das größte Problem Burkina Fasos, das vor allem die Rechtsprechung stark beeinträchtigt. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist laut einem Länderreport der Bertelsmann-Stiftung nicht gegeben, da die Exekutive großen Einfluss auf die Justiz ausübe. Große Teile der burkinischen Bevölkerung unterstützen und akzeptieren die - formal - demokratischen Institutionen kaum; sie fühlen sich von den bürgerschaftlichen Organisationen besser verstanden und vertreten. Entsprechend der Armut des Landes ist die Alphabetisierungsrate sehr niedrig. Der Zugang zu Bildung und Politik bleibt vor allem Mädchen und Frauen verwehrt, die trotzdem zu zwei Dritteln am wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist nur bedingt gegeben: Auf einer Rangliste von RSF nimmt Burkina Faso Platz 64 von 167 ein.

Doch trotz seiner schlechten Indikatoren verfügt das kleine Land über Potential. Vor allem kulturell hat sich Burkina Faso einen Namen gemacht: In der Hauptstadt Ouagadougou findet alle zwei Jahre das panafrikanische Filmfestival FESPACO statt. Immer öfter ist Burkina Faso Gastgeber für Francophonie-, AU- oder UNO-Gipfel. In dieser Rolle konnte das Land seiner Stimme mehr Gewicht

auf internationalem Parkett verleihen. Und Rohstoffarmut ist nicht in jeder Hinsicht ein Nachteil: Selten haben sich an Rohstoffen interessierte Staaten oder Konzerne in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt. Im Gegensatz zur Demokratischen Republik Kongo mit ihren Coltan-Vorkommen oder dem diamantenreichen Angola ist es heute friedlich in Burkina Faso. Ob die Präsidentschaftswahlen einen Wandel herbeiführen werden, scheint fraglich. Das Land und seine Menschen jedenfalls sind reif für echte demokratische Verhältnisse und könnten durch die bewiesenermaßen ausgeprägte Fähigkeit, selbst Verantwortung zu übernehmen, das Land aus der Sackgasse der Armut herausführen. Doch es liegt nicht nur an den Burkinabè. Auch der Westen muss den Wandel möglich machen.

**Link:** » [Rapport d'observation](#) des opérations de vote dans la ville de Ouagadougou de Gawa et de Koudougou par CAO (1,5 MB)